Trotz Nein zur Energiewende weiterhin aktive Energiepolitik

Das Schweizer Volk hat entschieden: mit 54,4 Prozent lehnte es die Umweltabgabe, mit 53,4 Prozent die Förderabgabe und mit 68,1 Prozent die Solar-Initiative ab. Am 24. September 2000 ging es um mehr als um neue Steuern, wie Gegnerinnen und Gegner behaupteten - es ging um eine ökologische Steuerreform.

Der Bundesrat bedauerte den Volksentscheid. Er erachtet ihn zwar als Nein zu den Instrumenten der Förder- bzw. der Umweltabgabe. Allerdings ist dies kein Nein zu einer aktiven und wirksamen Energiepolitik von Bund und Kantonen. Artikel 89 Absatz 1 der Bundesverfassung schreibt als Ziel vor, „eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung“ sowie einen „sparsamen und rationellen Energieverbrauch“ sicherzustellen.

Der Bundesrat wird nun zu Beginn des nächsten Jahres das Aktionsprogramm Energie 2000 durch das Programm EnergieSchweiz ablösen. Da weder die Förderabgabe noch die Solar-Initiative angenommen wurden, wird das Programm - wie bisher Energie 2000 - aus der Bundeskasse finanziert. Damit stehen wesentlich weniger Mittel zur Verfügung, als wenn die Förderabgabe oder die Solar-Initiative angenommen worden wären. EnergieSchweiz wird auf Energie 2000 aufbauen; der freiwillige Ansatz wird verstärkt. Dabei stehen vier Punkte im Vordergrund:

- Das Energiegesetz sieht den Einsatz von Energieagenturen vor.
- Es sollen - gemäss CO₂-Gesetz - Vereinbarungen mit Grossverbrauchern zum CO₂-Ausstoss abgeschlossen werden.
- Bund und Kantone werden Vorschriften über den

Gegner in die Pflicht nehmen

Das Abstimmungsresultat vom 24. September 2000 hat gezeigt, dass die Zeit für die Einführung von Energieabgaben nicht günstig ist. Alle drei Energievorlagen wurden abgelehnt. Immerhin haben Förderabgabe und Umweltabgabe Ja-Stimmen-Anteile von 46,6 bzw. 44,6 Prozent erreicht, was angesichts der massiven Kampagne „gegen neue Steuern“ und den hohen Ölpreisen sicher als Achtungserfolg zu werten ist.

Das Nein zu den Energieabgaben ist jedoch keineswegs ein Nein zu einer aktiven und wirksamen Energiepolitik von Bund und Kantonen. Dass die Schweiz langfristig eine nachhaltige Energieversorgung anstreben muss, dazu verpflichtet uns die Bundesverfassung.

Vor allem die Wirtschaftsverbände haben in ihrer Argumentation gegen die Vorlagen jeweils vehement auf die CO₂-Abgabe verwiesen. Sie sehen in diesem Instrument mehr Vorteile als in einer Förderabgabe. Werden die klimapolitischen Ziele, welchen sich die Schweiz international verpflicht-

Energieverbrauch von Geräten, Motorfahrzeugen und Gebäuden festlegen.

- Voraussichtlich wird - frühestens 2004 - eine CO₂-Abgabe eingeführt werden müssen.

Voraussichtliche Einführung einer CO₂-Abgabe

Bundesrat Leuenberger sagte an der Medienkonferenz am Abstimmungssonntag, dass die ökologische Steuerreform „für längere Zeit vom Tisch“ sei. Trotzdem gilt es, die klimapolitischen Vorgaben des CO₂-Gesetzes einzuhalten. Es schreibt vor, dass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 gesamthaft um 10 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden müssen. Diese Ziele sollen in erster Linie durch freiwillige Massnahmen seitens der Wirtschaft, Privater und durch weitere Anordnungen des Bundes erfüllt werden. Werden diese Ziele verfehlt, so wird der Bundesrat dem Parlament im Jahre 2004 voraussichtlich eine CO₂-Abgabe beantragen. Die Höhe der Abgabe wird sich nach der Ziellücke richten. Gefordert ist nun insbesondere die Wirtschaft, die mehrheitlich gegen die Energieabgaben, aber für eine CO₂-Abgabe eingetreten ist.

Auswirkungen auf die Strommarktliberalisierung

Das Nein zur Förderabgabe verändert die Ausgangslage für das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), das vom Ständerat voraussichtlich Anfang Oktober beraten wird. Die mit der Marktöffnung erforderliche Absicherung der einheimischen Wasserkraft kann nun nicht - wie beabsichtigt - durch die Förderabgabe sichergestellt werden. Ein Teil der Erträge der Förderabgabe sollte bekanntlich der Erhaltung und Erneuerung der Wasserkraft dienen. Eine geeignete Lösung muss nun bei den Beratungen des EMG gefunden werden, der Ball liegt jetzt also beim Parlament. Linke Stimmen wollen die Unterstützung der Wasserkraft im EMG festschreiben und drohen bereits mit dem Referendum. Die bürgerliche Seite will ein EMG ohne zusätzlichen Schutz für die Wasserkraft. Bundesrat Leuenberger erklärte im Anschluss an die Abstimmung, der Bundesrat werde nicht bereit sein, flankierende Massnahmen zum Schutz der Wasserkraft ins EMG aufzunehmen. Diese Frage wird im Parlament zu heftigen Diskussionen führen. Dies könnte die Strommarktliberalisierung weiter verzögern.

tet hat, nicht erreicht, so wird der Bundesrat dem Parlament im Jahr 2004 voraussichtlich eine CO₂-Abgabe beantragen müssen. Aufgrund der zehnjährigen Erfahrung mit Energie 2000 und den neusten Energieperspektiven wird man kaum darum herumkommen:

- Energie 2000 hat 1999/2000 etwa 4½% Energie eingespart. Dies ist etwa gleich viel wie der Energieverbrauch des Kantons Luzern. Um das Ziel einer Stabilisierung der CO₂-Emissionen zu erreichen, hätte aber 3 mal soviel Energie eingespart werden müssen.
- Gemäss neusten Energieperspektiven wird man bei einer Fortsetzung der Energiepolitik basierend auf dem Energiegesetz das CO₂-Ziel für das Jahr 2010 (-10% gegenüber 1990 eindeutig verfehlen).

Das Parlament wird dazu das letzte Wort haben. Spätestens dann werden auch die Gegnerinnen und Gegner der Energieabgaben den Tatbeweise erbringen müssen, dass es ihnen wirklich Ernst ist mit dem Klimaschutz und der CO₂-Abgabe.

Je aktiver die Energiepolitik - desto höher die Zustimmung zu den Energievorlagen

Die verschiedenen Regionen haben bei ihrem Abstimmungsverhalten unterschiedliche Präferenzen gezeigt, wie folgende erste Analyse darlegt. Die ersten Trends, welche allerdings von detaillierten Abstimmungsanalysen noch bestätigt werden müssen, weisen darauf hin, dass in Städten und Kantonen, in denen bereits eine aktive Energiepolitik betrieben wurde, die Ja-Stimmen-Anteile deutlich höher waren als in den übrigen Gebieten.

Die Solar-Initiative wurde von allen Kantonen deutlich verworfen.

Wesentlich bessere Resultate erreichte die Umweltabgabe. Diese wurde mit 55,4 Prozent abgelehnt. Die Umweltabgabe wurde einzig von den Kantonen Zürich mit 51,8 Prozent, von Basel-Stadt mit 57 Prozent und Graubünden mit 54,7 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Immerhin 44,6 Prozent aller Stimmbeteiligten sagten Ja zu einer ökologischen Steuerreform. Die Ablehnung fiel somit weniger klar aus als z.T. erwartet wurde.

Die Förderabgabe wurde mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 53,4 Prozent verworfen. Die Kantone Bern, Genf, Graubünden, Basel-Stadt und Zürich haben der Förderabgabe zugestimmt. Mit Bern und Graubünden sind zwei Kantone vertreten, in welchen die Wasserkraft stark verankert ist. Allerdings haben alle andere Wasserkraft-Kantone die Förderabgabe klar abgelehnt.

Interessant ist der Kanton Basel-Stadt, welcher beide Vorlagen angenommen hat: Das basel-städtische Energiegesetz hat bereits vor 17 Jahren vorweggenommen, was jetzt auf nationaler Ebene eingeführt werden sollte. Die Zustimmung zur Förderabgabe fiel dort mit 56 Prozent sehr hoch aus.

Grosse Städte für Energievorlagen

Die Städte Bern, Genf, Lausanne, Biel, Basel, Winterthur und Zürich haben die Förderabgabe klar angenommen. Es ist anzunehmen, dass die Stadtbevölkerung, welche auf Grund des grösseren Verkehrsaufkommens stärker unter den Folgen der Umweltbelastung zu leiden hat, gegenüber einer ökologisch motivierten Energiepolitik aufgeschlossener ist als die Menschen in eher länd-

Kalender

Energie 2000 - EnergieSchweiz

28.9.-8.10.

Freiburg, BFE-Ausstellung
Erneuerbare Energien, MINERGIE,
Energie 2000, Foire de Fribourg

26.10.

Zug, Forum für Gebäudesanierung
(Planung Kt. Zug)

27./28.10.

Genf, Wärmepumpen: Tag der offenen Tür

2.- 4.11.

Bern, Wärmepumpen-Expo 2000

7.11.

Nationale PV-Tagung, Neuchâtel

9./10.11.

Luzern, RIO Management Forum,
„Unternehmen Nachhaltigkeit“ (Info:
041 410 20 03)

30.1.01

START EnergieSchweiz

lichen Regionen. Die detaillierte Abstimmungsanalyse wird allfällige Zusammenhänge genauer aufzeigen.

Berner Energiestädte tendenziell für Energievorlagen

Eine erste Analyse der Energiestädte des Kantons Bern zeigt, dass (mit zwei Ausnahmen) in allen Energiestädten die Energievorlagen markant höhere Ja-Stimmen-Anteile erreicht haben als die Nicht-Energiestädte.

Die Förderabgabe wurde von sechs der acht Energiestädten angenommen. Am deutlichsten stimmte mit 63,4 Prozent die Energiestadt Bern zu. Auch die Umweltabgabe wurde von sechs der acht bernischen Energiestädte deutlich angenommen. Auch hier erzielte Bern den Spitzenrang mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 64,1 Stimmen.

Die Solar-Initiative wurde von allen acht Energiestädten abgelehnt.

Keine Blockade für die Zukunft

Die Resultate der Abstimmung bedeuten keinen Scherbenhaufen. Die Umwelt- und die Förderabgabe wurden knapp abgelehnt. Mit Ja-Stimmen-Anteilen von 44,6 bzw. 46,6 Prozent kann man nicht sagen, die Diskussion in der Energiepolitik sei vollständig blockiert. Immerhin zeigen die Resultate, dass Städte und Kantone, die bisher eine aktive und ökologisch motivierte Energiepolitik betrieben haben, einen höheren Ja-Stimmen-Anteil erreichten als übrige Gebiete. Dies lässt darauf schliessen, dass eine aktive und zukunftsorientierte Energiepolitik in der breiten Bevölkerung Akzeptanz findet. Es ist die Aufgabe der Gemeinden, Kantone und des Bundes, auf dieser Basis aufzubauen.

Gesagtes und Geschriebenes zum Abstimmungsresultat

„Insbesondere das klare Nein zur Solar-Initiative ist ein unmissverständliches Signal für den Steuerstopp und gegen neue Subventionen. Vorlagen, die zu einer Erhöhung des Steuerniveaus führen, finden keine Mehrheiten mehr. Heute stehen gezielte Steuersenkungen im Vordergrund.“

Medienmitteilung der FDP Schweiz

„Die Stimmberechtigten haben die Energielenkungsabgabe, die Förderabgabe sowie die Solar-Initiative abgelehnt. Die CVP ist jedoch überzeugt, dass die Bevölkerung ökologischen Anliegen nicht generell ablehnend gegenübersteht. Aber offenbar wollte eine Mehrheit - zum jetzigen Hochpreis-Zeitpunkt - keine weitere finanzielle Belastung der Energieträger.“

Communiqué der CVP Schweiz

„Wirtschaftsverbände und FDP haben im Vorfeld der Abstimmung lautstark auf das CO₂-Gesetz verwiesen. Die SP Schweiz wird die bürgerlichen Parteien hier beim Wort nehmen. Die Einführung der CO₂-Abgaben soll nun für 2004 zügig vorbereitet und durchgezogen werden.“

Medienmitteilung der SP Schweiz

„Seit dem 1. Mai dieses Jahres ist zudem das CO₂-Gesetz in Kraft, welches die Voraussetzungen für eine global koordinierte Klimaverbesserung schafft. Im Gegensatz zu den abgelehnten Abstimmungsvorlagen hat das CO₂-Gesetz ein klares Umweltziel, denn es setzt bei den Schadstoffen an.“

Communiqué von economiesuisse

„Der WWF fordert deshalb das Parlament auf, dass CO₂-Gesetz zu beschleunigen, also die CO₂-Abgabe rasch und mit hohem Ansatz einzuführen. Schliesslich sind die Mittel für "EnergieSchweiz", das Nachfolgeprogramm von "Energie 2000", mindestens zu verdoppeln. Schliesslich ist die Idee einer ökologischen Steuerreform, nämlich die Energie statt die Arbeit zu besteuern, weiter zu verfolgen.“

Mediencommuniqué des WWF Schweiz

„Das Scheitern der drei innovativen Vorschläge stimmt doch nachdenklich, bedeutet doch die weltweite Umweltzerstörung eine der grössten Bedrohungen für Kinder und Jugendliche.“

SAJV, Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände

Kontakte & Informationen zu EnergieSchweiz

Informationen, Daten und Fakten zum Übergang von Energie 2000 auf EnergieSchweiz erhalten Sie beim Bundesamt für Energie BFE, 3003 Bern, www.admin.ch/bfe/energieschweiz. Gerne erteilt Ihnen unsere Stabsstelle auch telefonische Auskünfte.

Hotline

EnergieSchweiz:

Telefon 031 323 22 44,

Fax 031 323 25 10;

E-mail:

office@bfe.admin.ch